Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto Dresden, Haden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 27,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 81,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 40,00 M. Einzelnummer 1,50 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 141 | Dresden, Dienstag den 20. Juni 1922 | 33. Jahrg.

Reichsarbeitsminister Brauns über Gewerkschaftsfragen

Elfter Deutscher Gewerkschaftskongreß

Leipzig, 19. Juni. (Eig. Bericht.)

Im großen Saale des Zoologischen Gartens trat am Montag der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der 1. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen. Alle Plätze im Saal und auf den Tribünen sind besetzt; groß ist die Zahl der Gäste und der Pressevertreter. Von der Reichsregierung sind erschienen Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und eine große Anzahl von Regierungsräten. Preußen hat den Handelsminister Genossen Siering entsandt, die sächsische Staatsregierung ist durch den Wirtschaftsminister Genossen Fellisch und den Arbeitsminister Arzt vertreten. Auch die Stadt Leipzig hat einen Vertreter entsandt. Zahlreiche ausländische Gäste sind gleichfalls anwesend.

Um 9½ Uhr eröffnet der Vorsitzende des A. D. G. B., Genosse Leipart, die Verhandlungen durch eine Ansprache, deren erstes Wort den Toten der Gewerkschaftsbewegung gewidmet ist. Karl Legien, Otto Hue, Alois Staudinger, Fritz Schrader, August Bringmann und der großen Zahl der übrigen Toten, ihrer alle gedenkt der Kongreß und dankt ihnen durch Erheben von den Sitzen. Dann erinnert Leipart an Theodor Leipart, dessen Name unlöslich verbunden ist mit dem vor 50 Jahren zusammengetretenen 1. Gewerkschaftskongreß. In diesen 50 Jahren hat die Gewerkschaftsbewegung eine gewaltige und schöpferische Entwicklung hinter sich. Ihre Mitgliederzahl, Stärke und Leistungsfähigkeit, aber auch ihr Aufgabenkreis, sind gewaltig gewachsen. Der Kongreß hat zu prüfen, ob in den letzten drei Jahren die Aufgaben erfüllt wurden, ob sich die Gewerkschaften neue Aufgaben stellen können, oder neue Mittel und Wege suchen müssen, um ihrer Aufgaben gerecht zu werden. Darüber sind die Meinungen verschieden. Der Streit hierüber ist ein Beweis dafür, daß die Bewegung lebendig ist. Not tut und heute in der Hauptsache die Einigkeit der Arbeiter! Die Lage der Arbeiterschaft ist bedrohlich; die Lebenshaltung ist so zurückgegangen, daß wir alle Ursache haben, alles zu tun, um die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Die Arbeiter hoffen, daß das erreicht wird! Möge der Kongreß diese Hoffnungen nicht vernichten! (Beifall.)

Für die Leipziger Gewerkschaften spricht Schilling, der den Kongreß begrüßt und besonders auf die Zerstörung des Volkshauses durch die Reichswehr hinweist. Die Solidarität, die das Volkshaus neu erstehen ließ, möge auch den Kongreß beherrschen. — Stadtrat Dietze überbringt den Gruß der Stadt Leipzig.

Namens der Reichsregierung

führt Minister Dr. Brauns u. a. folgendes aus:

Im Namen der Reichsregierung begrüße ich den 11. Kongreß des A. D. G. B. und wünsche seinen Beratungen einen guten Verlauf und besten Erfolg. Insbesondere ist das von mir vertretene Reichsarbeitsministerium an den Verhandlungen des Kongresses interessiert. Fallen doch alle vom Kongreß zu behandelnden großen Fragen auch in das Arbeitsgebiet des Reichsarbeitsministeriums. Ich freue mich, feststellen zu können, daß in den zwei Jahren, während ich dem Reichsarbeitsministerium vorstehe, sich die Zusammenarbeit reibungslos vollzogen hat. Wenn das Ministerium auch nicht in allen praktischen Einzelheiten Ihren Wünschen bis zum Letzten nachkommen konnte, so darf ich doch mit Befriedigung das eine feststellen: überall da, wo gewerkschaftliche Grundsätze in Frage kommen, gehen wir eins, und allzeit haben wir zusammenarbeiten können auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens. Ich wünsche und hoffe, daß es fernerhin so bleiben wird, solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten verharren muß.

Auch die gesamte Reichsregierung nimmt wärmsten Anteil an Ihren Beratungen. Sie ist sich der großen Bedeutung der Gewerkschaften für das Staatsleben bewußt. Sie ist Ihnen dankbar dafür, daß Sie sich wiederholt nachdrücklichst für Staatsinteressen eingesetzt haben. Das deutsche Volk darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaften durch die Disziplin ihrer Mitglieder und durch die Staatstreue ihrer Führer nach dem großen Zusammenbruch von 1918 an der Erhaltung der Reichseinheit und am Wiederaufbau Deutschlands beträchtlichen Anteil haben. Auch der eifrigen Bemühungen der Gewerkschaften um ein günstiges Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen und in Oberschlesien möchte ich dankbar gedenken.

Die freien Gewerkschaften können auf ihrem gegenwärtigen Kongreß ein so gewaltiges in diesem Ausmaß nie dagewesenes äußeres Wachstum feststellen. Mit diesem äußeren Wachstum sind auch die Aufgaben der Gewerkschaften beträchtlich erweitert worden, und die Neuzeit hat die Bewegung auch vor ganz neue Probleme gestellt. Diese Probleme sind so bedeutungsvoll und ihre Lösung für so schwierig, daß trotz des äußeren Wachstums der Bewegung dennoch die Gegenwart als eine für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich kritische Periode betrachtet und gewertet werden muß. Sie wissen, daß ich für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten bin, ehe ich es, wie heute, von amtswegen zu tun verpflichtet war. Ich bin in der Ueberzeugung, daß der Gewerkschaftsgedanke keineswegs überlebt ist, daß im Gegenteil auf seinem Boden noch große gewaltige Aufgaben für die Arbeiterschaft und für unser gesamtes Volk zu lösen sind. Um so inniger ist mein Wunsch, daß es der Gewerkschaftsbewegung gelingen möge, die kritischen Fragen der Gegenwart so zu lösen, daß der Gewerkschaftsgedanke selber darunter keinen Schaden leidet und die Volksgesamtheit davon Nutzen zieht.

Als erste wichtige Aufgabe betrachte ich die gewerkschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitgliedermassen. Ich begrüße es aufrichtig, daß es dem A. D. G. B. gelungen ist, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in seinen eigenen Reihen die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu wahren. Es wäre überaus bedauerlich, wenn die Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht bloß ein Kampfobjekt zwischen Arbeiter und Unternehmer, sondern auch zwischen den Arbeitern selber werden sollte. Das muß mit allen Kräften verhütet werden. Was die Reichsregierung und insbesondere das Arbeitsministerium dazu tun kann, soll geschehen. Mit dem Wachstum der Gewerkschaften und mit einer Reihe von Einzelerscheinungen der letzten Jahre hängt es zusammen, daß die Frage der Stellung der Gewerkschaften zum Staat heute eine wichtige Rolle spielt. Ich denke, daß Sie trotz aller Vorliebe für die Gewerkschaften doch der Ansicht zu nehmen werden, daß der Staat keineswegs lediglich eine Wirtschaftsorganisation darstellt und noch weniger eine Wirtschaftsorganisation im Interesse eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Klasse. Daß schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften, ihrer äußeren Bedeutung entsprechend, einen größeren Einfluß als früher auf das Staatsleben ausüben. Schon die enge Verbindung der Lohnpolitik mit der Wirtschaftspolitik im allgemeinen, ferner die Verbindung zwischen Wirtschaftspolitik und Staatsinteresse, bringt diesen größeren Einfluß mit sich. Das gleiche Problem, Gewerkschaft und Staat, kommt uns heute entgegen bei manchen Fragen des Arbeiterrechts, die wegen der Lohnung harren. Ich denke an das Tarifrecht, das Berufsvereinsrecht und an die zur Debatte stehende Schlichtungsordnung. Ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die freien Gewerkschaften sich der großen Verantwortung, die mit der Lösung dieser Fragen verbunden ist, voll bewußt sind.

Wie dem Staate gegenüber, so hat sich auch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Arbeitgeberschaft grundlegend geändert. Es kann nicht geleugnet werden, daß einzelne Arbeitgebergruppen, die sich unmittelbar nach der Staatsumwälzung und angesichts der Gefahren der Revolution mit dem Gewerkschaftsgedanken abfanden, heute versuchen, den an die Arbeitnehmerschaft verlorenen Boden wieder zu gewinnen, ein Bestreben, daß hier und da schon wieder bis zur Verneinung des Gewerkschaftsgedankens, wenn auch nicht für die Arbeiter, so doch für die Angestellten, geführt hat. Ich glaube, es wäre für Wirtschaft und Staat tief bedauerlich, wenn die alten prinzipiellen Kämpfe um Koalitionsrecht und Tarife wieder aufleben sollten.

Die komplizierten Probleme tauchen auf zwischen Gewerkschaft und Arbeitnehmerschaft. Vorübergehend schien die gelbe Bewegung überwunden und der rein gewerkschaftliche Gedanke das Feld zu beherrschen. Heute taucht die gelbe Idee, wenn auch in andrer Begründung und in andrer Form, erneut auf. Heute wird die gelbe Bewegung zu politischen Zwecken und mit politischen Mitteln gefördert. Gleichgeblieben ist sich die Bewegung in der Verneinung des eigentlichen Gewerkschaftsgedankens. Wie die alte gelbe Bewegung überwunden wurde, vor allem durch den gesunden Sinn und das Standesbewußtsein der Arbeitnehmer, so muß auch die neue gelbe Bewegung überwunden werden. Das wird um so leichter sein, je besser die Gewerkschaften verstehen, auch den Interessen der Gesamtheit Rechnung zu tragen und sich in der Wahrnehmung der Interessen der eigenen Klassengenossen das nötige Maß aufzuerlegen.

In Verbindung damit steht die schwierige Frage der Einführung eines gewissen Organisationszwangs, oder sagen wir besser der Besserstellung der organisierten Arbeiter vor den unorganisierten. Anders ausgedrückt handelt es sich um die Frage, ob die Gewerkschaften sich nur durch ideelle Propaganda oder auch dadurch durchsetzen wollen, daß sie, sei es mit Mitteln der Gesetzgebung, des Tarifvertrages, die Außenstehenden in die Organisation einbeziehen. Es ist das eine außerordentlich schwierige Frage, aber es läßt sich nicht verkennen, daß diese Frage im heutigen Stadium der Tarifentwicklung eine ganz andre Bedeutung gewonnen hat wie vor dem Kriege und daß wir in dem einen oder andern Berufe zur Lösung dieser Frage gedrängt werden. In keinem Falle können wir ungesetzlichen Zwangsmitteln das Wort reden. Auch darf der Zwang zur Gewerkschaft gegebenenfalls eine geistige Vergewaltigung auf dem Gebiete der Weltanschauung werden.

Die grundlegenden Schwierigkeiten, welche sich auf dem Betriebsrätegesetz für die Gewerkschaften ergaben, dürften im wesentlichen behoben sein. Ueberaus bedenklich für den Gewerkschaftsgedanken als solchen erscheint mir eine gewisse Krankheit an Autorität der Führung. Alle großen Verhandlungen über Arbeits- und Lohnfragen sind dadurch außerordentlich erschwert. Gerade hier haben wir es mit einer Ueberspannung des demokratischen Gedankens zu tun, die für die Demokratie und für den Gewerkschaftsgedanken außerordentlich gefährlich werden kann. Der Uebelstand erklärt sich aus der übersturzten Entwicklung der letzten Jahre.

Ich hoffe, daß der heute eröffnete Kongreß der freien Gewerkschaften uns ein Stück weiter auf dem Wege zur richtigen Lösung der gewerkschaftlichen Probleme führen wird und wünsche der Tagung in diesem Sinne namens der Reichsregierung einen gedeihlichen Verlauf, zum Wohle der Arbeiterschaft und zum Wohle des gesamten deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt

führte aus: Aus der Tatsache, daß die Schlote rauchen und reges Leben in den Werkstätten herrscht, entsteht vielfach die falsche Meinung, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau vollendet ist. Leider fehlt daran aber noch sehr viel, manches ist auch nicht so gekommen, wie wir es uns wünschen. J. B. sind von 250 Hochöfen nur 150 in Betrieb, allein in den letzten Monaten mußten wir 18 000 Tonnen Roheisen einführen. Der Wiederaufbau kann nicht vollzogen werden unter Preisgabe der sozialen Forderungen der Arbeiterschaft. Jeder Angriff auf den Achtstundentag werden die Gewerkschaften zurückweisen. Der Achtstundentag darf schon deshalb nicht in Gefahr kommen, weil es gelungen ist, ihn auch im Ausland zu erhalten. Nicht durch schlechte Arbeitsbedingungen können wir die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niederhalten. Das kann nur geschehen durch bessre Organisation und Technik. Solange Arbeitervertreter in den Ministerien sitzen, wird an dem Achtstundentag in Deutschland nicht gerüttelt werden. (Beifall.) Leider haben wir nicht alles erfüllen können, was wir erstrebt haben, als wir an unsre neuen Aufgaben herantraten. Man kann in einem so schwer daniederliegendem Lande nicht von heute auf morgen alle Leiden abwenden. An der ungeheuren Preissteigerung ist nicht die Regierung, sondern unsre Stellung im internationalen Verkehr schuld. Es ist nicht unbillig, unter den heutigen Verhältnissen an einzelne Erwerbsgruppen Anforderungen zu stellen, aber leider finden wir auf der Gegenseite keine objektive Würdigung der Lage der Arbeiterklasse. Bei dem Kampf um die Gestreidemlage zeigt sich, daß man nicht nur einen mäßigen

Vorläufig keine Sanktionen

London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranstalten werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré wird wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit sind keine Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland in Aussicht genommen.

•

Die Stimmungsänderung in Paris

Dem Berliner Tageblatt wird aus Paris gemeldet: Die französische Presse gibt sich große Mühe, die heutige Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré als ziemlich bedeutungslos hinzustellen. Es ist aber nach der Meinung informierter Blätter nicht unwahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit eine spätere Konferenz verabredet wird, an der nach Informationen des Intransigeant sogar Belgien und Italien teilnehmen sollen. Diese Meldungen klingen sehr vorsichtig, noch vorsichtiger aber sind die Nachrichten der englischen Zeitungen, von denen ein Artikel des Daily Chronicle in Paris besonders zitiert wird. In diesem Artikel heißt es über den Garantievertrag: „Wenn Poincaré noch immer auf den Abschluß eines Garantievertrages hofft, so muß er erfahren, daß dieser Plan heute weit hinter dem Horizont der möglichen Dinge liegt. In dem Artikel des Daily Chronicle, der als offizielles Organ Lloyd Georges gilt, wird auch sogar, daß England das Recht Frankreichs auf die Wiedergutmachung voll anerkennt und nur über die Methode, die Deutschland zum Zahlen bringen soll, eine andre Meinung hat. Diese Sätze geben den französischen Zeitungen die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, daß bei einigen Bemühungen mit einer Verständigung in der Reparationsfrage vielleicht doch noch zu rechnen sein werde. „Früher oder später werden Frankreich und England sich wieder verstehen," schreibt der Temps, „inzwischen muß aber Frankreich leben". Wie diese Worte aufzufassen sind, ist leicht aus den Bemerkungen über die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe zu entnehmen, die in vielen Zeitungen zu finden ist. Mit Ausnahme des Echo de Paris und einiger extremer Zeitungen der nationalistischen Richtung sind alle Blätter davon überzeugt, daß eine Anleihe kommen muß und kommen wird. Die Blätter bringen Vorschläge, die alle darauf hinauslaufen, die französischen Kriegsschulden zu annullieren, damit auch die deutsche Schuld herabgesetzt werden könne. Die öffentliche Meinung Frankreichs ist ziemlich einig darüber, daß in der Wiedergutmachungsfrage jede gewaltsame Lösung vermieden werden muß, weil sie keine Erfolge verspricht. Vor wenigen Wochen noch wagte keine Zeitung die Möglichkeit einer Herabsetzung der Forderungen an Deutschland auch nur anzudeuten. Heute wird diese Möglichkeit in langen Artikeln untersucht.

•

Reichsregierung und Garantiekommission

Berlin, 20. Juni. Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern nachmittag in einer Kabinettssitzung mit der bei den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee einzuschlagenden Maßregeln. Die Regierung legt entscheidendes Gewicht darauf, daß bei der Kontrolle des Haushalts durch das Garantiekomitee die Souveränität des Reiches unangetastet bleibe und daß auch das Steuergeheimnis der einzelnen Staatsbürger gewahrt würde. Die letzte Forderung entspricht der internationalen Rechtsgrundlage, auf die gerade Frankreich immer gehalten habe. Was die Kapitalflucht anbelangt, so habe die Regierung immer betont, daß allein durch ein deutsches Gesetz dieser Schaden nicht geheilt werden könne, sondern daß nur ein internationales Zusammenwirken Aussicht auf Erfolg haben würde. Das Garantiekomitee wird heute vom Reichskanzler, dem Reichsminister des Auswärtigen und dem Finanzminister Höflichkeitsbesuche abstatten. Die eigentlichen Besprechungen dürften erst am Mittwoch beginnen.

Reaktionäre Anschläge

Hamburg, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Sonntag explodierte in der Wohnung des Kommunistenführers Thaelmann eine mit Selbstzünder versehene Handgranate. Außer zertrümmerten Scheiben und Fensterrahmen richtete sie weder Sach- noch Personenschaden an, da Thaelmann nicht zu Hause war. Das Attentat ist die Krönung von Dummejungenstreichen, die in den letzten Wochen von Unbekannten gegen die Kommunisten, ihr Zeitungsgebäude, ihre Buchhandlung und ihren Vorsitzenden begangen wurden. Meistenteils handelte es sich um Leuchtkugeln und sehr primitiv angefertigte, mit Schwarzpulver gefüllte Sprengkörper. Da bei all diesen Attentaten noch niemals ein bemerkenswerter Schaden geschehen ist, stand man bisher in Hamburg diesen Bubenstreichen recht skeptisch gegenüber. Das neueste Attentat gegen Thaelmann scheint jedoch darauf hinzudeuten, daß sich die Hetzkuhen mit ernsteren Absichten tragen und daß so etwas wie eine Faschistengesellschaft am Werke ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220620/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG